

rathaus · korrespondenz



gegründet 1861

Freitag, 21. November 1975

Blatt 2892

Heute in der "Rathaus-Korrespondenz":

Kommunal:  
(rosa) ÖBB können in Großstädten nicht nur Gewinne machen  
Wiener Landtag  
Wiener Gemeinderat

Lokal:  
(orange) Hundertjährige in Hernals  
Verkehrsmaßnahmen der kommenden Woche: Landesgerichtsstraße wieder frei

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)  
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr, So.  
14 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



k o m m u n a l :

=====

oebb koennen in grosstaedten nicht nur gewinne machen

wien, 21.11. (rk) die oebb versuchen sich nach einer agenturmeldung in einem millionenspiel: als grosser grundstueckseigentuer in zahlreichen staedten erhoffen sich die oebb durch vor- und ueberbauungen von gleis- und bahnhofsanlagen durch private jaehrlich etwa 260 millionen schilling an mietgeldern. fuer wien sind der westbahnhof und der aspangbahnhof im gespraech.

finanzstadtrat hans m a y r erklaerte dazu der ''rathaus-korrespondenz'', dass ein solches vorgehen der oebb, ohne mit der stadt wien kontakt aufzunehmen, problematisch sei. denn die oebb wollten zwar gewinne aus grundstuecken in ballungsgebieten erzielen, weigerten sich aber, fuer den oeffentlichen personennahverkehr in ballungsraeumen die kosten zu tragen. so stellt das unternehmenskonzept der oebb fest, dass der oeffentliche personennahverkehr ausserhalb der ballungsgebiete aufgabe der bundesbahnen ist, in ballungsgebieten jedoch nicht. in ballungsraeumen erklaeren sich die oebb nur bereit, beim ausbau mitzuwirken. das heisst, so stadtrat mayr, dass die oebb in ballungsraeumen, wo der personenverkehr auch sehr viel geld einbringt, weniger investieren moechten, als im verkehr ueber land.

ausserdem wuerde eine ueberbauung von gleisanlagen sicherlich zu folgekosten wie strassenanschluesse und dergleichen fuehren, ueber deren deckung erst zu verhandeln waere, stellte stadtrat mayr fest. (sei)

+++



geehrte redaktion

=====

1 wien, 21.11. (rk) buergermeister leopold g r a t z , vize-  
buergermeisterin gertrude f r o e h l i c h - s a n d n e r und  
informationsstadtrat peter s c h i e d e r moechten sie gerne bei  
einem

p r e s s e g e s p r a e c h

-----

am donnerstag, dem 27. november, um 11 uhr, in der alten schmiede  
in der schoenlaterngasse mit der naechsten kulturellen aktivierungs-  
kampagne fuer die wiener bevoelkerung bekanntmachen. sie wird unter  
dem motto 'wiener machen ihr wien-buch' stehen. (may)

bitte merken sie vor:

zeit: donnerstag, 27. november, 11 uhr.

ort: alte schmiede, literarisches quartier, 1, schoenlater-  
gasse 9.

0946



L o k a l :

=====

verkehrsmassnahmen der kommenden woche:

Landesgerichtsstrasse wieder frei

2 wien, 21.11. (rk) die u-bahn-bauarbeiten im bereich der landesgerichtsstrasse sind so weit fortgeschritten, dass die landesgerichtsstrasse ab diensttag, den 25. november, wieder in beiden fahrtrichtungen fuer den verkehr freigegeben werden kann. die fuer die verkehrsfreigaben notwendigen umstellungsarbeiten beginnen am montag, dem 24. november, um 20 uhr. die derzeit ueber den friedrich schmidt-platz, die rathausstrasse und ebendorferstrasse fuehrende umleitung wird damit aufgelassen. die durchfahrtsmoeglichkeiten von der waehringer strasse ueber die schwarzspanierstrasse und garnisongasse beziehungsweise ueber van swieten-gasse und garnisongasse in die landesgerichtsstrasse sind wieder gegeben.

im kreuzungsbereich garnisongasse - alser strasse ist allerdings weiterhin ein rechtsabbiegen in die alser strasse nicht moeglich. autofahrer, die von der garnisongasse in die alser strasse wollen, muessen ueber die frankgasse und die garelligasse fahren.

gleichzeitig erfolgt auch die verkehrsfreigabe der universitaetsstrasse zwischen landesgerichtsstrasse und rathausstrasse als einbahn zur rathausstrasse. das kreuzungsplateau universitaetsstrasse - ebendorferstrasse wird im zuge der universitaetsstrasse wegen der u-bahn-bauarbeiten jedoch gesperrt. die ebendorferstrasse wird vor der universitaetsstrasse zur sackgasse. ein einbiegen von der universitaetsstrasse in die ebendorferstrasse ist nicht moeglich. der ueber die universitaetsstrasse zum ring rollende verkehr wird ueber die rathausstrasse und grillparzerstrasse gefuehrt.

im zusammenhang mit dem heuer bekanntlich am rathausplatz stattfindenden christkindlmarkt und gleichzeitig mit der verkehrsfreigabe der landesgerichtsstrasse wird ab diensttag, den



25. november die reichsratsstrasse vor dem rathaus bis zum 2. jaenner 1976 gesperrt.

auf der guldenbruecke (ecke hietzinger kai) im 13. bezirk kommt es wegen belagsarbeiten am diensttag, dem 25. november, und am mittwoch, dem 26. november, zu einer fahrbahnverengung auf je eine spur in jeder richtung.

am montag, dem 24. november, wird an der kreuzung lainzer strasse - hietzinger hauptstrasse im 13. bezirk eine automatische verkehrslightsignalanlage in betrieb genommen.

gleichzeitig erfolgt, sofern das wetter in den naechsten tagen eine fortsetzung der arbeiten zulaesst, die aufhebung der bisherigen umleitungen (stadteinwaerts ueber die mittermayergasse, trauttmandorffgasse und maxingstrasse, stadtauswaerts ueber den gleiskoerper der linie 58 auf der hietzinger hauptstrasse und ueber die kopfgasse zur lainzer strasse).

brandstaette: aufhebung des fahrverbots fuer taxis

wie bereits berichtet, wird das fahrverbot in der brandstaette zwischen bauernmarkt und stephansplatz im 1. bezirk, von dem bisher nur linienautobusse, fahrzeuge des strassendienstes und baufahrzeuge ausgenommen waren, auch fuer taxis aufgehoben. diese regelung tritt morgen, samstag, den 22. november, in kraft. (ger)



l o k a l :

=====

hundertjaehrige in hernals

3 wien, 21.11. (rk) ihren 100. geburtstag feiert morgen, samstag, den 22. november, karoline k o l b aus hernals, zeillergasse 7 - 11/6/9. frau kolb ist in seebarn, niederoesterreich, geboren. sie lebt mit ihrer tochter im gemeinsamen haushalt, ist geistig noch sehr rege und verrichtet kleine arbeiten noch selbst. die jubilarin hatte zwei kinder. sie ist aber nur einmal grossmutter und einmal urgrossmutter geworden. die geburtstagsfeier findet um 15 uhr im restaurant buergerhof in der gentzgasse in waehring statt. namens der stadt wien werden sich vizebuergermeister hubert p f o c h und bezirksvorsteher josef v e l e t a als gratulanten einfinden und dem geburtstagskind blumen und ein ehrengeschenk der stadt ueberreichen. (am 1105



Kommunal:

=====

## Wiener Landtag

=====

**Wien**, 21.11. (RK) Unter dem Vorsitz von Landtagspräsidentin Maria Hlawka trat der Wiener Landtag Freitag zu einer Sitzung zusammen. Über die Änderung des Wiener Wasserversorgungsgesetzes 1960 berichtete Stadtrat Mayr (SPÖ): Der vorliegende Entwurf verpflichtet die Wasserabnehmer zur erhöhten Obsorge, um Wasserverluste möglichst gering zu halten. Der Hausbesitzer hat die Innenanlage in Abständen von mindestens drei Monaten auf ihre Dichtheit zu überprüfen. Diese Überprüfung kann auch durch einen Installateur erfolgen. Um diese für den sparsamen Wasserverbrauch wichtige Kontrolle zu gewährleisten, wird die bisher vorgesehene Regelung, daß der durch einen Rohrbruch entstandene Wasserverlust vom Objektbesitzer nicht bezahlt werden muß, außer Kraft gesetzt.

Namens der FPÖ bekannte sich Landtagsabgeordneter Dr. Hirnschall (FPÖ) zu der Gesetzesänderung. Er wies aber darauf hin, daß dem rund eine Million Kubikmeter Wasserverlust in Hausleitungen ein Wasserverlust von geschätzten 9,2 Millionen Kubikmeter in öffentlichen Leitungen gegenüberstehe. Der Senkung des Wasserverlustes im öffentlichen Rohrnetz solle daher vermehrtes Augenmerk geschenkt werden.

Landtagsabgeordneter Hoffmann (ÖVP) begrüßte ebenfalls prinzipiell die Maßnahme zur Senkung des Trinkwasserverlustes. Die Überwälzung der Kosten bei einem Rohrbruch auf den Hausbesitzer sei aber nicht in allen Fällen gerechtfertigt. Auch sorgfältigst durchgeführte Kontrollen könnten einen Rohrbruch nicht verhindern. Der Redner stellte daher den Antrag, daß diese Bestimmung des Wasserversorgungsgesetzes weiterhin in Kraft bleiben solle.

Der Antrag wurde mit den Stimmen von SPÖ und FPÖ abgelehnt. Die Novelle zum Wiener Wasserversorgungsgesetz wurde mit den Stimmen von SPÖ und FPÖ angenommen.

Zu Beginn des Landtages waren mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP Dr. Anna Demuth (SPÖ) zum Mitglied des Bundesrates und Ing. Karl Berger (ÖVP) als Ersatzmann zum Bundesrat gewählt worden. (may)

(Ende des Sitzungsberichtes)



Kommunal:Gemeinderat

=====

Wien, 21.11. (RK) Der Wiener Gemeinderat trat Freitag unter dem Vorsitz von Bürgermeister Leopold Gratz zusammen. Die Tagesordnung umfaßte 125 Geschäftsstücke. Zwei Anträge der FPÖ betreffend Information der Mieter in städtischen Wohnhausanlagen und die Besteuerung von Wegwerfflaschen sowie ein Antrag der ÖVP betreffend die Erhaltung der Kleingartenanlage Matzleinsdorf und Rückwidmung des Areals auf Kleingartengebiet-Grünland, wurden den zuständigen Gemeinderatsausschüssen zugewiesen. Ferner lagen zwei Anfragen der ÖVP und fünf Anfragen der FPÖ vor. Eine dringliche Anfrage über die Abfertigung der Bauringgeschäftsführer hatte die ÖVP eingebracht. Darüber wird vor Schluß der Sitzung verhandelt.

Neuer Gemeinderat

Rudolf Huber (SPÖ) wurde anstelle des in den Nationalrat gewählten GR. Stefan Schemer (SPÖ) als neues Mitglied des Gemeinderates angelobt. Er wird dem Ausschuß für Städtische Unternehmungen angehören. Ferner wurde GR. Deistler (SPÖ) zum Schriftführer des Gemeinderates, GR. Schulz (SPÖ) in den Gemeinderatsausschuß für Stadtgestaltung und Verkehr und GR. Gertrude Stiehl (SPÖ) in den Gemeinderatsausschuß für Umwelt und öffentliche Einrichtungen gewählt.

Hochwasserschutz

GR. Bednar (SPÖ) nahm die Berichterstattung von Stadtrat Ing. Hofmann (SPÖ) über das zweite Bauabschnitt des Entlastungsgerinnes (Gesamterfordernis 860 Millionen) zum Anlaß, um auf die Wichtigkeit dieses Bauvorhabens hinzuweisen. Abgesehen vom verstärkten Schutz vor Hochwassergefahr werde auch ein bedeutender Erholungsraum erschlossen. Der ÖVP warf Bednar ihre stets negative Haltung gegenüber diesem Großprojekt vor. Zuerst dagegen, habe sie nunmehr plötzlich einen Schwenk vorgenommen.

Stadtrat Neusser (ÖVP) zum Vorwurf der plötzlichen Meinungsänderung: die ÖVP sei für das Projekt des Bundesstrombauamtes eingetreten, da es billiger und heute bereits fertiggestellt gewesen wäre. Stets für einen totalen Hochwasserschutz eingetreten, habe sich die ÖVP vehement für



die Jury zur Gestaltung eingesetzt. Die nunmehrige Gestaltung dieses Projekts sei daher letzten Endes auf die Initiative der ÖVP zurückzuführen.

Stadtrat Ing. Hofmann wies in seinem Schlußwort auf die einmalige städtebauliche Chance hin. Zu den Ausführungen von Stadtrat Neusser: die ÖVP habe bisher nicht nur einen, sondern bereits mehrere meinungsändernde Schwenks unternommen. Die endgültigen Empfehlungen für den weiteren Verlauf der vorgesehenen Arbeiten würden im Februar vorliegen.

Abstimmung: einstimmig angenommen. (Zi)

#### Schutzzone Hietzing

GR. Czettel (SPÖ) referierte den Antrag auf Neufestsetzung des Flächenwidmungsplanes für ein Gebiet zwischen Hietzinger Hauptstraße, Dommayergasse und Eduard Klein-Gasse sowie auf Festsetzung einer Schutzzone für einen Teil dieses Gebietes. GR. Ammann (ÖVP) begrüßte die Schutzzonenfestsetzung, bezeichnete es aber als Anschlag, wenn in der Nachbarschaft der unter Schutz gestellten Biedermeierhäuser ein fünfstöckiger Bürosilo gebaut wird. Dieser Bürobau der Ekazent würde nicht nur die Harmonie des Stadtbildes stören, sondern darüber hinaus städtebauliche Lösungen im gesamten Bereich des Hietzinger Zentrums präjudizieren. GR. Mayrhofer (SPÖ) berichtete, daß die beabsichtigte Verbauung vom Fachheirat für Stadtplanung gebilligt worden sei und auch die Bezirksvertretung mehrheitlich zugestimmt habe. Das neue Bürohaus würde keineswegs unmittelbar an die niedrigen Biedermeierhäuser anschliessen. Die großzügige Sanierung des Kreuzungsbereichs Hietzinger Hauptstraße und Lainzer Straße werde in Kürze abgeschlossen sein und damit den Bewohnern der Dommayergasse eine wesentliche Erleichterung bringen. Auch die Errichtung von Tiefgaragen im Bürohaus und im Zubau zum Amtshaus würden die Verkehrslage verbessern. Bei jeder städtebaulichen Maßnahme würden jedoch Personen begünstigt, andere betroffen. Es sei Aufgabe der Stadt eine Entscheidung zu treffen, die der Gesamtheit am meisten nützt.

Abstimmung: mit den Stimmen der SPÖ und FPÖ angenommen.



UNO-City

GR. Mayrhofer (SPÖ) referierte den Antrag auf Erhöhung der Beitragsleistung Wiens für die Errichtung der UNO-City von 504 Millionen S auf 4.430 Millionen S.

GR. Dr. Hirnschall (FPÖ) erklärte, er wolle nicht untersuchen, welche Bundesregierung an der Kostenexplosion schuld sei. Im sogenannten Schmitz-Slavik-Abkommen von 1967 habe sich Wien verpflichtet, ein Drittel der gesamten Bau- und Finanzierungskosten zu übernehmen. Damals seien diese Kosten mit 1,2 Milliarden geschätzt worden. Im Sommer 1970 wären die Kosten bereits auf 2,5 Milliarden und im Finanzierungsgesetz 1972 schon auf 3,5 Milliarden geschätzt worden. Der Kostenbeitrag Wiens hätte somit rund 1,2 Milliarden betragen. Ein damals von der FPÖ eingebrachter Antrag, Wien solle damit seinen Beitrag begrenzen, weil ein höherer Beitrag nicht mehr zu verantworten wäre, sei von den beiden anderen Fraktionen abgelehnt worden. Jetzt aber stehe man vor der Situation, daß 1978 von den vier Bürotürmen zwei leerstehen werden, weil der Personalstand nicht 4.500 sondern nur 2.500 ausmachen werde. Das UNO-Generalsekretariat gebe die Schuld für diese Fehlplanung nicht der Bundesregierung, sondern den beiden Teilorganisationen. Der Bundesregierung sei aber eine Teilschuld zuzuschreiben, weil sie keinen Kontakt zum Hauptquartier der UNO unterhalten habe. Eine Wiener Gemeinderatsdelegation habe in New York nichts erfahren können. Wie es aber auch immer mit der Schuld sei - so sei nicht einzusehen, daß die Gemeinde Wien zwei Bürotürme mitfinanzieren soll, die dann vielleicht jahrzehntelang leerstehen werden. Das Geld wäre besser für wichtigere Vorhaben, etwa für den Ausbau der Schnellbahn oder für die raschere Errichtung des Allgemeinen Krankenhauses, zu verwenden. (Smo)

GR. Dr. Erika Danzinger (ÖVP) erinnerte in ihrem Debattenbeitrag daran, daß der Gemeinderat 1971 einstimmig die Verpflichtung übernommen habe, neben der Überlassung und Erschließung der Grundstücke 35 Prozent der Gesamtkosten zu tragen. Später habe die ÖVP mehrmals auf die in der Zwischenzeit eingetretene Kostenexplosion hingewiesen und eine Befassung des Gemeinderates mit der veränderten Sachlage verlangt. Bürgermeister Gratz habe eine Kostenexplosion auf das Neunfache jedoch abgestritten. Die ÖVP werde den Antrag auf Erhöhung des Sachkredits ablehnen.



GR. Edlinger (SPÖ) wies auf die große Bedeutung hin, die Wien in der Entwicklung zu einer internationalen Kongreßstadt erlangt habe. Diese Bedeutung wurde durch die Wahl zum 3. UNO-Zentrum neben New York und Genf unterstrichen. Wien werde dadurch zu einem zentralen Ort der neutralen Begegnung und internationalen Zusammenarbeit und leiste nicht nur einen wichtigen Beitrag zur Völkerverständigung, sondern auch zur Hebung des Ansehens und der Sicherheit Österreichs. Es sei Mode geworden, die UNO zu verteufeln, seit sich die Mehrheitsverhältnisse in ihrer Generalversammlung geändert haben. Österreich habe nie einseitig Partei ergriffen und daher auch heute das Recht zur Kritik an bestimmten Entscheidungen. An der grundsätzlichen positiven Funktion der UNO könne jedoch überhaupt keine Zweifel bestehen.

Edlinger erinnerte daran, daß die ÖVP-Alleinregierung 1967 gegenüber der UNO unbegrenzte Verpflichtungen auf sich genommen habe, was auch der Rechnungshof kritisierte. Erst dem damaligen Außenminister Kirchschräger sei es 1972 gelungen, eine Limitierung zu erreichen. Die von der ÖVP in einer "Flucht nach vorne" später in die Welt gesetzten Schiebsungsverdächtigungen bei der Auftragsvergabe seien durch den parlamentarischen Untersuchungsausschuß eindeutig widerlegt worden. Edlinger stellte fest, daß insgesamt 4.000 Menschen beim Bau des Internationalen Konferenzentrums Arbeit finden, und erinnerte daran, daß bereits jetzt die Bediensteten der UNIDO und der IAEO hunderte Millionen Schilling im Jahr in Wien ausgeben. Langfristig werde so ein finanzielles Äquivalent für die Kosten des Baus geschaffen.

GR. Hahn (ÖVP): 1967 sei zwar kein Limit für die Dimensionierung der UNO-City festgelegt worden, doch sei diesbezüglich noch unter der ÖVP-Alleinregierung eine Veränderung eingetreten, wofür er einen Brief aus dem Jahr 1972 des Außenministers Dr. Kirchschräger an UNO-Generalsekretär Waldheim als Beleg anführte.

GR. Mayrhofer (SPÖ) bestritt diese Aussage in seinem Schlußwort und wies auf die Bemühungen hin, weitere UNO-Teilorganisationen nach Wien zu bringen, um eine volle Auslastung des Bauwerks zu erreichen.

Abstimmung: Mit den Stimmen der SPÖ angenommen. (ger)



### Grundwasser für die Lobau

Eine Studie soll Auskunft geben über eine optimale Erhaltung des Auwaldes und des Landschaftsbildes der Lobau. Dazu meldete sich GR. Daller (ÖVP) zu Wort. Es sei höchste Zeit, Maßnahmen zur Rettung der Lobau zu setzen. Die ÖVP habe bereits im April 1970 auf die Dringlichkeit der Sanierung der Alten Donau und der Nebengewässer hingewiesen. Der Zustand in diesem Erholungsgebiet wurde von Jahr zu Jahr alarmierender. Im Jahre 1972 habe die Veralgung und Verschmutzung der Alten Donau einen so hohen Grad erreicht, daß bei badenden Kindern Brechdurchfälle und Hautausschläge aufgetreten sind. Jedoch sei daraufhin wieder nichts geschehen. Daller schloß mit dem Appell, endlich Maßnahmen für eine ausreichende Wasserzufuhr in die Alte Donau und deren Nebengewässer zu setzen.

GR. Czettel (SPÖ) führte als Berichterstatter an, daß 1972 wegen des trockenen Sommers sicherlich bei der Alten Donau Probleme auftraten. Jedoch habe man in diesem Sommer auch in anderen Teilen Österreichs die gleichen Probleme gehabt. Untersuchungen von Wasserproben aus der Alten Donau widersprechen dem von der ÖVP-Fraktion gezeichneten Schreckensbild.

Abstimmung: einstimmig angenommen. (sei)

### Schnellstraße Döbling

GR. Holub (SPÖ) referierte über die Durchführung der Bau- grunduntersuchungen für das Bauvorhaben Anschlußstelle Nordbrücke - Verlängerung der B 14 und Einmündung in die Schnellstraße S 2 im 19. Bezirk, mit einem Gesamterfordernis von 1,7 Millionen.

GR. Dr. Maria Schaumayer (ÖVP) stellte fest, daß dieses Bauvorhaben eine chronische Schwäche der Stadtplanung darstelle. Es sollte zuerst dem Gemeinderat ein generelles Projekt vorgelegt werden, und vor allem sollten der Gemeinderat und auch die Bevölkerung entsprechend informiert werden. Die Wienerinnen und Wiener, so führte die Rednerin aus, hätten ein Recht auf eine umfangreiche Information.

Stadtrat Hofmann stellte fest, daß es ein Bundesstraßenkonzept gibt, in dem auch das Bauvorhaben der Schnellstraße enthalten sei.



In seinem Schlußwort erklärte GR. Holub, daß das Verkehrskonzept - Knotenpunkt Nordbrücke - in Döbling wohlwollend aufgenommen wurde und das gesamte Projekt die Döblinger Hauptstraße, die derzeit von 16.000 bis 20.000 Kraftfahrzeugen täglich frequentiert wird, wesentlich entlasten würde. Im Zusammenhang mit dem Bauprojekt sei auch beabsichtigt, in der Heiligenstädter Straße weitere Bäume zu pflanzen und Grünflächen anzulegen.

Abstimmung: von SPÖ und FPÖ angenommen.

#### Aufzugseinbauprogramm

Vizebürgermeister Pfösch (SPÖ) beantragte 29,8 Millionen für den Einbau von 46 Personenaufzügen in städtischen Wohnhausanlagen. Es handelt sich dabei um das bisher größte Aufzugseinbauprogramm der Stadt Wien. GR. Sägmeister (SPÖ) betonte, daß die Stadt damit nicht nur eine soziale Leistung vor allem für ältere Bürger erbringe, sondern auch einen Beitrag zur Arbeitsplatzzerhaltung in Wien leiste.

Abstimmung: einstimmig angenommen. (may)

#### Wohnbauprogramm

Stadtrat Ing. Hofmann (SPÖ) legte den Antrag vor, das Wohnbauprogramm der Stadt Wien in den Jahren 1976 und 1977 mit einer Reihe von Vorhaben in nahezu allen Bezirken fortzusetzen und grundsätzlich zu beschließen. Mit der Grundfreimachung und Bauvorbereitung soll nach Möglichkeit noch 1975 begonnen werden. Die Vorhaben - insgesamt 77 - seien nur die erste Etappe des Wohnbauprogramms für die genannten Jahre, müßten noch ergänzt werden, um die notwendige Zahl von Wohnungen errichten zu können, erklärte Hofmann. Bei dieser Vorlage sei zum erstenmal Vorsorge getroffen worden, nicht ausschließlich Neubauten zu errichten, sondern Objekte im Sinne der Assanierung zu verwirklichen. Eine große Zahl der geplanten Bebauungen befände sich im dicht verbauten Gebiet. Die Neubauten hingegen seien im wesentlichen in den bereits vorgesehenen Entwicklungsachsen projektiert. Für die Zeit bis 1985 würden generelle Überlegungen notwendig sein, wie groß das Bauvolumen in Relation zur Bevölkerungs- und Haushaltsentwicklung sein kann und soll.



GR. Krenn (FPÖ) erklärte sich grundsätzlich mit dem vorliegenden Antrag einverstanden, ersuchte jedoch um getrennte Abstimmung über zwei Vorhaben, darunter das Projekt Paulanergasse 3 / Favoritenstraße 8. Er gab auch zu bedenken, daß oft Mieter in Althäusern Investitionen vornehmen, weil sie nicht rechtzeitig wissen, daß ihr Haus abgebrochen wird. Er brachte zwei Anträge ein, die die Mieter vor Fehlinvestitionen bewahren sollen.

GR. Dr. Habl (ÖVP) bezeichnete die Beratung des alljährlichen Wohnbauprogramms als positive Sache, die neben der Wohnraumschaffung einen bedeutsamen wirtschaftlichen Faktor darstelle. Er verlangte jedoch die Herausnahme von acht Projekten. Es sei wenig sinnvoll, diese Projekte zu prüfen und damit Geld und Arbeit zu investieren, wenn es dort besser sei, Grünflächen anzulegen - wie etwa auf der Liegenschaft Paulanergasse 3-oder keine Wohnhäuser zu errichten, weil Verkehrsadern die Wohnqualität beeinträchtigen. Die Herausnahme dieser Vorhaben könnte ein Prüfstein für eine Zusammenarbeit ohne ausdrücklichem Übereinkommen sein und einen einstimmigen Beschluß ermöglichen. Habl beantragte schließlich die getrennte Abstimmung über die acht von ihm genannten Vorhaben.

GR. Deistler (SPÖ) betonte die Priorität der Stadterneuerung gegenüber der Stadterweiterung, schon weil es immer schwieriger werde, ausreichend neue Baugründe zu finden. Die entscheidende Frage bei der Stadterneuerung seien die Kosten. Der Vergleich müsse ergeben, ob ein Neubau tragbarer sei als eine Sanierung. Die Gemeinde Wien sei oft gezwungen, Altbauten abzutragen. **Man** könne aber dann nicht regelmäßig verlangen, daß dort ein Park errichtet werde, während bei Privatbauten die wirtschaftliche Nutzung zugestanden werde. Es komme auch die Zeit der Modernisierung der Gemeindebauten aus der Ersten Republik: Man könnte etwa zwei Wohnungen mit jeweils 30 bis 36 Quadratmeter zu einer modernen zusammenfassen. Deistler forderte auch weiterhin den Vorrang für den kommunalen Wohnbau, weil nur auf diese Weise sozial Schwächeren geholfen werden könne. Bei der Förderung von Eigentumswohnungen könne es nicht Aufgabe der Gemeinde sein, öffentliche Mittel für das Profitstreben einzelner einzusetzen.



Im Schlußwort wies Stadtrat Hofmann darauf hin, daß es gelungen sei die Wohnnutzfläche pro Wiener von sieben Quadratmeter auf 23 Quadratmeter zu vergrößern, seit die Sozialisten die Stadtverwaltung führen. Die von GR. Habl angesprochene Zusammenarbeit könne nicht durch ein Veto der Minderheitsparteien charakterisiert sein. Um Mißverständnisse auszuschalten, präziserte Hofmann: Die öffentlichen Wohnbauförderungsmittel sollten dort eingeschränkt werden, wo sie für den privaten Miethausbesitz verwendet werden. Was das Vorhaben Paulanergasse 3 betreffe, sei entsprechend einem Mehrheitsbeschluß der Bezirksvertretung auch eine Grünfläche vorgesehen, die durch Verbauung vom Verkehr der Favoritenstraße abgeschirmt sein wird.

Abstimmung: Einstimmig angenommen. Das Projekt Paulanergasse 3 wurde von der SPÖ angenommen. Sieben andere Vorhaben wurden von SPÖ und FPÖ angenommen.

Die FPÖ-Anträge wurden einstimmig den zuständigen Ausschüssen zugewiesen. (Smo)

#### Subventionen

Stadtrat Mayr (SPÖ) referierte den Antrag, neun Vereinigungen und Einrichtungen Subventionen in einer Gesamthöhe von 4,7 Millionen Schilling zu gewähren.

GR. Krenn (FPÖ) verlangte Aufklärung über die Tätigkeit des Wiener Instituts für Entwicklungsfragen und über die Gebarung des Fonds zur Beratung und Betreuung von Zuwanderern nach Wien.

Stadtrat Mayr stellte fest, daß das Institut für Entwicklungsfragen eine wertvolle Informationstätigkeit entfalte und daß ihm von den Vereinten Nationen der Konsultativstatus eingeräumt worden sei. Eine endgültige Abrechnung über die Gebarung des Zuwandererfonds werde erst nach Vorlage der Bilanzen möglich sein, doch wiederhole er seine Überzeugung, daß keinerlei strafbarer Tatbestand vorliege. Das Verfahren gegen den Geschäftsführer ist inzwischen von der Staatsanwaltschaft eingestellt worden.

Abstimmung: Einstimmig angenommen. Antrag auf Subventionierung des Zuwandererfonds mit den Stimmen SPÖ und ÖVP angenommen. (ger)



Neuregelung der Wassergebühren

Stadtrat Mayr (SPÖ) beantragte als Berichterstatter eine Neuregelung der Wassergebührenverordnung, die eine Vereinheitlichung der Gebühren bringen soll. Die Neuregelung soll drei Prinzipien entsprechen: Es soll eine Kostendeckung erreicht werden, die Durchführung soll möglichst rationell sein und schließlich soll ein sparsamer Umgang mit dem Wasser erreicht werden.

Dkfm. Bauer (FPÖ) erklärte, daß eine Verbrauchsbeschränkung über eine Verteuerung in Wien nicht möglich sei, da in Wien nicht der Einzelverbrauch eines Haushaltes erfaßt wird, sondern der Verbrauch eines Hauses. Weiter bemängelte Bauer, daß das Argument, durch die Vereinheitlichung der Tarife werden Verwaltungskosten erspart, erhalten müsse für eine generelle Verteuerung. Die FPÖ bekennt sich zwar zum Prinzip der Kostendeckung. Er kritisierte aber, daß in den letzten Jahren keine ausreichenden Kalkulationsunterlagen vorgelegt wurden, die eine echte Prüfung möglich machen.

Bauer wandte sich auch gegen das Ausmaß der Erhöhung. Er führte an, daß in Wien der Wassertarif seit 1966 um 575 Prozent gestiegen sei. Eine so beachtliche Preissteigerungsrate sei für einen kommunalen Betrieb außergewöhnlich.

GR. Bauer stellte den Antrag, einen neuen einheitlichen Tarif in der Höhe von vier Schilling festzusetzen.

GR. Schneider (ÖVP) kritisierte wie sein Vorredner das Ausmaß der Erhöhung und das Fehlen von Kalkulationsunterlagen. Er sprach sich auch gegen das Weglassen des Gewerbetarifs aus. Diese Neuregelung bringe eine Mehrbelastung der Wiener Wirtschaft von 60 Millionen Schilling jährlich. Vor allem die Betriebe der Nahrungsmittel- und Getränkeindustrie sind davon besonders betroffen. Auch dem Fremdenverkehr, vor allem den Großhotels, wird damit kein guter Dienst erwiesen.

Die Erhöhung der Tarife diene der SPÖ-Mehrheit offensichtlich dazu, einen finanziellen Polster zu schaffen. Dies widerspricht aber dem Wasserversorgungsgesetz.



GR. Ing. Nedwed (SPÖ) sprach sich dagegen aus, daß jene, die den Normaltarif zahlen, Bezieher des begünstigten Gewerbetarifes subventionieren. Außerdem werde nicht die gesamte Wiener Wirtschaft vom Wegfall des Gewerbetarifes betroffen, sondern nur einzelne Großabnehmer. Es ist aber nur gerecht, so Nedwed, daß diese den echten Preis bezahlen.

GR. Prohaska (ÖVP) sprach sich auch gegen den neuen Einheits-tarif aus. Vor allem kritisierte er die zukünftige Belastung der Kleingärtner und der Haushalte.

Stadtrat Mayr erklärte im Schlußwort, daß es in den meisten mit Wien vergleichbaren österreichischen Städten einen Einheits-tarif gebe. Zur Kritik, daß die Erhöhung gerade die "Kleinen" treffe, stellte Mayr fest, daß man bei der Sozialpolitik von den Voraussetzungen des Jahres 1975 ausgehen müsse. Das Weglassen des begünstigten Tarifes für 50 Liter pro Tag und Person bringt monatlich pro Person nur eine Erhöhung von 1.80 Schilling. Mit diesem Betrag kann man heute nicht mehr Sozialpolitik machen, stellte Mayr fest.

Der Prozentsatz der Erhöhung seit 1966, der von der Opposition angegeben wurde, stimmt zwar rechnerisch, berücksichtigt aber nicht die zugrundeliegende Basis: 1966 war der Wassertarif eben sehr niedrig.

Abstimmung: Der Antrag der FPÖ wurde mit den Stimmen der SPÖ abgelehnt. Die neue Wassergebührenordnung wurde mit den Stimmen der SPÖ angenommen. (sei)

#### Dringliche Anfrage

Nun wurde die dringliche Anfrage der ÖVP verlesen. Darin heißt es unter anderem: Bürgermeister Gratz habe erst verspätet zugegeben, daß die Lösung des Dienstverhältnisses mit Wawrowetz und Zöllner mit seiner Billigung erfolgt sei. Gratz habe die Höhe der mit je 150.000 Schilling angegebenen Abfertigungen niemals korrigiert. Eine Tageszeitung habe nunmehr die Behauptung aufgestellt, daß die beiden ehemaligen Direktoren noch im Dezember 1973 "a Contozahlungen" von je 500.000 S erhalten hätten. Es wäre besser gewesen, die beiden Geschäftsführer wegen der bereits bekanntgewordenen Verluste des Baurings sofort fristlos zu entlassen, denn danach sei noch ein



weiteres Verlustgeschäft mit der "Beficor" abgewickelt worden. Es sei unverständlich, daß Aufsichtsrats-Vorsitzender Suttner die für Wawrowetz und Zöllner vorteilhafte Vereinbarung geschlossen habe. Das Zugeständnis eines Bilanzgeldes in der Höhe von je 142.000 S für die Bilanz 1972 sei ein leichtfertiges Geschenk gewesen, da die Bilanz erst 1974 fertiggestellt worden sei. Die Darstellung dieser Vorgänge in einer Tageszeitung könne den Eindruck entstehen lassen, daß es sich dabei um Schweigegelder gehandelt habe.

Die Anfrage umfaßt im einzelnen folgende Fragen: Von wem wurde Bürgermeister Gratz über die genannte Vereinbarung informiert?

Warum wurde in dieser Vereinbarung festgelegt, daß namhafte Geldleistungen noch im Dezember 1973 fällig wurden?

Warum wurde ein Anspruch auf Bilanzgeld für die Bilanz 1972 festgelegt, obwohl die Bilanz erst 1974 dem Aufsichtsrat vorgelegt wurde?

Wird Bürgermeister Gratz veranlassen, Suttner als Mitglied des Bauringaufsichtsrates abuberufen?

Wird Bürgermeister Gratz veranlassen, daß Suttner "auch von allen anderen Positionen, in denen er der Stadt Wien weiteren Schaden zufügen könnte", abgezogen werde?

Zur Begründung der Anfrage meinte Stadtrat Dr. Goller (ÖVP), daß es im Zusammenhang mit dem Bauring eine Fülle ungeklärter Skandale gebe. Im vorliegenden Fall sei den beiden Exdirektoren mehr als eine Million S "nachgeworfen" worden, wodurch bei vielen Steuerzahlern der Eindruck von Schweigegeldern entstanden sei.

Abstimmung: Antrag auf Besprechung der dringlichen Anfrage einstimmig angenommen.

In der Besprechung sagte Goller, schon mit der Nichteinberufung des Aufsichtsrates zwischen November 1970 und Mai 1972 habe Suttner seine Pflichten als Vorsitzender verletzt. Eine rechtzeitige Entlassung der beiden Direktoren wäre notwendig gewesen. Der Redner fordert, daß die Schuldigen nunmehr voll zur Verantwortung gezogen werden.

GR. Dr. Hirnschall (FPÖ) meinte, der Verdacht von Schweigegeldern sei nicht von der Hand zu weisen. Er gab ebenfalls der Meinung Ausdruck, daß eine fristlose Entlassung der beiden Direktoren gerechtfertigt gewesen wäre. Hirnschall forderte, die Rückzahlung der an Wawrowetz und Zöllner ausgezahlten Abfertigungen zu veranlassen. (ger)



Gratz antwortet

Nun nahm Bürgermeister Leopold Gratz zur dringlichen Anfrage der ÖVP Stellung. Zur ersten Frage, von wem er über die Vereinbarung zwischen dem Aufsichtsratsvorsitzenden Suttner und den beiden Ex-Direktoren informiert wurde, sagte Gratz: "Gemeinderat Suttner hat mich mündlich von den Grundzügen der Vereinbarung nach deren Abschluß informiert. Zu einer schriftlichen Information beziehungsweise zur Vorlage des Textes des Übereinkommens bestand angesichts der von den Anfragestellten selbst erwähnten Ermächtigung der Generalversammlung vom 17. Dezember 1973 kein Anlaß."

Zur Frage, warum in dieser Vereinbarung Zahlungen an die beiden Direktoren vorgesehen wurden, erklärte Gratz, daß mit den beiden Geschäftsführern Dienstverträge bestanden, die im Dezember 1967 auf Grund eines Generalversammlungsbeschlusses abgeschlossen wurden. Diese Dienstverträge enthielten Zusagen, wie sie bei Angestellten in solchen Positionen allgemein üblich sind. Als die Verträge aufgelöst wurden, lagen keine Beweise vor, die eine fristlose Entlassung ermöglicht hätten. Nach Vorliegen des Kontrollamtsberichtes hat Gratz, wie er ausführte, umgehend die neue Geschäftsführung beauftragt, eine Prüfung zu veranlassen, ob eine zivilrechtliche Haftung der beiden Geschäftsführer bestehe, aus der Ersatzansprüche mit Erfolg geltend gemacht werden können. Erst die neue Geschäftsführung gemeinsam mit dem Kontrollamt und die Prüfungsberichte von Wirtschaftstreuhandern ermöglichten es, die im Vertrag vorgesehenen Pensionen nicht auszuführen und eine Schadenersatzklage gegen die beiden früheren Geschäftsführer durch den Bauring einzubringen. Sie führten jetzt auch zur Anklageerhebung durch die Staatsanwaltschaft.

Die Frage, ob er nun den Aufsichtsratsvorsitzenden Suttner abberufen werde, beantwortete Gratz mit einem einzigen Wort: "Nein".

Die Frage, ob er veranlassen werde, daß Suttner auch von allen anderen Positionen abgezogen werde, in denen er der Stadt Wien Schaden zufügen könne, bezeichnete Gratz als eine in Frageform verkleidete Ehrenbeleidigung eines Mitgliedes des Gemeinderates. "Meine Aufgabe ist es," sagte Gratz, "die Ehre jedes Mitgliedes des Gemeinderates, egal, welcher Fraktion, zu verteidigen. Ich weise daher diese Frage ausdrücklich zurück".



Aus der schriftlichen Begründung der Anfrage entstehe der Eindruck, sagte Gratz, als ob ihn die ÖVP an die Vertretung der Interessen der Stadt hätte erinnern müssen. "Ich stelle neuerlich fest", erklärte Gratz, "daß ich diese Erinnerungen nicht gebraucht habe und nicht brauche und daß ich auch keine Zeitungsreportagen mit einem Gemisch aus falsch wiedergegebenen Teilen des Kontrollamtsberichtes und unwahren Behauptungen brauche, um die Interessen der Stadt und der Wiener eindeutig zu vertreten." (sti)

(Ende des Sitzungsberichtes.)

Donnerstag, 22. November 1975

Blatt 2912

Seite 10 der "Rathaus-Korrespondenz"

**Abend:** Starreheit für vorgeschriebene Punkte "Wiederholen". Gegenüberstellung der beiden Seiten des Gesetzes vom 19. 11. 1975 über die Kommunalverwaltung.

**Abend:** Die beiden Seiten des Gesetzes vom 19. 11. 1975 über die Kommunalverwaltung.

**Abend:** Weitere 1.2 Millionen Schilling für den öffentlichen Verkehr.

**Abend:** Weitere 1.2 Millionen Schilling für den öffentlichen Verkehr.

Kommunikation, Minister Hans Ertl

**Abend:** Internationale Seite der Korrespondenz

Das ist die Seite der Korrespondenz  
 von 1. bis 19. 11. 1975, die in der Nr. 10  
 der "Rathaus-Korrespondenz" enthalten ist.